

15.11.2012 - 05:00 Uhr

WAZ: Familienpolitikerinnen fordern Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz

Essen (ots) -

Ein breites Bündnis aus Politik und Verbänden startet einen neuen Anlauf für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Wie die Zeitungen der WAZ-Mediengruppe (Donnerstagsausgaben) berichten, unterstützen Familienpolitikerinnen aus Union und FDP einen Vorschlag der SPD-Kinderexpertin Marlene Rupprecht: Wie die WAZ-Gruppe erfuhr, will Rupprecht noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz einbringen.

Danach soll es für die rund 13 Millionen Kinder und Jugendlichen in Deutschland künftig einen eigenen "Kinderbeauftragten" geben - vergleichbar mit dem Wehrbeauftragten für Soldaten. An diesem Freitag stellen zudem das Kinderhilfswerk Unicef, der Kinderschutzbund und die Liga für das Kind einen gemeinsamen Vorschlag für eine Grundgesetzänderung zugunsten von Kindern vor.

"Die Kinder in Deutschland brauchen eine unabhängige Stimme, die ihre Interessen entschieden zur Sprache bringt", sagte FDP-Familienpolitikerin Sibylle Laurischk gegenüber der WAZ-Gruppe. Ein Kinderbeauftragter "könnte eine solche Aufgabe erfüllen", so die Vorsitzende des Familienausschusses. Zustimmung für einen "Bundeskinderanwalt" kommt auch aus der Union. Den Zeitungen der WAZ-Gruppe sagte die familienpolitische Sprecherin der Union, Dorothee Bär (CSU): "Jemand, der eine Legislaturperiode lang für die Belange der Kinder spricht, könnte sich deutlich mehr Gehör verschaffen, er oder sie wäre ein Anwalt der Kinder."

Pressekontakt:

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Zentralredaktion
Telefon: 0201 - 804 6519
zentralredaktion@waz.de

Original-Content von: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, übermittelt durch news aktuell
Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/55903/2363812> abgerufen werden.